

CDU-Fraktion im Landtag des Saarlandes
Tholeyer Erklärung – 9. Januar 2023

Konflikt der Systeme – Demokratien versus autoritäre Staaten

Deutschland und Europa werden derzeit wie selten zuvor herausgefordert, von innen wie von außen. Der brutale Angriff Russlands gegen die Ukraine und die zunehmenden Bestrebungen Chinas, die internationale Ordnung nach eigenen Vorstellungen zu verändern, verdeutlichen dies. Hinzu kommt, dass innerhalb Europas und weltweit Populisten von links und rechts die Demokratie unter Druck setzen. Auch der deutsche Staat ist dabei vor inneren Bedrohungen nicht gefeit, sei es durch Extremisten von Links und Rechts, Reichsbürger oder kriminelle Clans. Zudem erschweren Nationalismus und Eigeninteressen einiger EU-Mitgliedsstaaten immer wieder gemeinsame europäische Lösungen oder verhindern ein Auftreten der EU mit einer Stimme. Mit Alleingängen wie dem Verkauf eines Hamburger Hafenterminals an einen chinesischen Staatskonzern trägt leider auch die Politik der Bundesregierung hierzu bei.

Um den globalen Gestaltungsanspruch im 21. Jahrhundert ringen aktuell Demokratien und autoritäre Staaten. Dabei steht nicht weniger als der Fortbestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung auf dem Spiel, die autoritäre Staaten in Frage stellen und zu destabilisieren versuchen. Die internationale regel- und wertebasierte Ordnung zu stärken, muss daher der Anspruch und die Verpflichtung aller Demokratinnen und Demokraten sein. Denn sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir in Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.

Die damit verbundenen Herausforderungen gilt es klar zu benennen und Antworten zu entwickeln. Wir wollen, dass die freiheitlichen Demokratien gestärkt daraus hervorgehen. Das setzt voraus, dass wir unsere Werte und die Ordnung des Westens mit offener Gesellschaft, liberaler Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft entschlossen verteidigen und stärken.

Die richtigen Antworten auf die Zeitenwende geben

Mit dem Krieg gegen die Ukraine hat die militärische Aggression Russlands ihre bislang höchste Eskalationsstufe erreicht, die es bereits 2008 mit dem Georgienkrieg und 2014 mit der Annexion der Krim begonnen hat. Die Zeitenwende – also die Aufkündigung der europäischen Friedensarchitektur der 1990er Jahre durch Russland – hat ihren Ursprung damit bereits weit vor dem 24. Februar 2022. Seit fast einem Jahr nun tobt ein offener, schrecklicher und unerbittlicher Krieg mitten in Europa – mit dem Ziel, territoriale Grenzen mit Waffengewalt zu verschieben und ein Volk auszulöschen. Die europäische Idee von Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand in einem zivilisierten Europa wird massiv untergraben und herausgefordert. Russlands Krieg gilt dabei nicht nur der Ukraine, sondern ist ein Angriff auf Demokratie und freiheitliche Ordnung insgesamt.

Ein vereintes Europa, das dem Frieden in der Welt dient – das war die wesentliche Vision und Hoffnung seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Nun müssen wir auf bittere Weise erfahren, dass dies alles andere als selbstverständlich war und ist.

Dazu gehört die Erkenntnis, dass die deutsch-französischen Beziehungen sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert haben. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass gerade in den aktuellen Krisenzeiten diese Partnerschaft, die Kern europäischer Friedenspolitik ist, weiter auseinanderdriftet. Hier ist gerade auch die saarländische Landesregierung aufgrund der besonderen Bedeutung des Themas für das Saarland in der Verantwortung.

Dazu gehört auch die Einsicht, dass das bisherige Geschäftsmodell der Bundesrepublik – billiges Gas aus Russland, billige Importe aus China, teure Produkte aus Deutschland in die Welt exportieren, die Amerikaner sorgen für Sicherheit – nicht von nachhaltigem Bestand ist.

Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent sind höchste Güter, für die wir jetzt gemeinsam einstehen müssen – innerhalb der EU und im Schulterschluss mit unseren verbündeten NATO-Partnern. Wir müssen Fragen von Sicherheit, Frieden und Freiheit, Abschreckung und militärischen Fähigkeiten zu einem strategischen Ganzen entwickeln.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungen unserer Demokratie und ihrer Werte leiten wir daher die folgenden Positionen ab:

- Wir müssen uns wieder stärker bewusst machen, dass unsere freiheitliche Demokratie wehrhaft sein muss, um besser geschützt zu sein. Dazu gehört, die Architektur europäischer Sicherheits- und Außenpolitik zu überdenken, insbesondere die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit in Europa zu stärken. Und dazu gehört eine offensivere Vertretung europäischer Interessen und Werte durch eine abgestimmte europäische Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere auf unserem Nachbarkontinent Afrika. Wir unterstützen außerdem die Forderung nach einem Nationalen Sicherheitsrat im Kanzleramt, der die Sicherheitsstrategie Deutschlands auf Basis einer wertorientierten, aber auch interessengeleiteten Außenpolitik mit Leben füllt sowie die neue Sicherheitspolitik auch nach außen vertritt. Dazu gehört weiterhin das Verständnis, dass funktionierende Streitkräfte zwingend notwendig sind, um Demokratie und ihre Werte, aber auch territoriale Integrität notfalls zu verteidigen. Die Maxime, dass Waffen und Verteidigungsfähigkeit Frieden sichern, muss wieder stärker unsere außen- und sicherheitspolitische Debatte prägen. Dies bedeutet auch, dass freiheitliche Demokratien angesichts nuklearer Bedrohungen auf längere Sicht auf nukleare Abschreckung angewiesen sind.
- Auf dieser Erkenntnis fußt die dringende Notwendigkeit, dass das vom Deutschen Bundestag beschlossene Sondervermögen Bundeswehr von 100 Milliarden Euro schnell und zielführend in Ausrüstung und Verbesserung des Zustands der Bundeswehr investiert wird. Außerdem ist es erforderlich, das „2-Prozent-Ziel“ der NATO endlich umzusetzen, indem Deutschland 2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts jährlich und dauerhaft in die Instandhaltung seiner

Streitkräfte investiert. Die nachhaltige Sicherung des Friedens braucht nicht nur eine Einmalzahlung an die Bundeswehr, sondern ist eine finanzielle wie auch gesellschaftliche Daueraufgabe. Aus saarländischer Perspektive halten wir auch eine Überprüfung der Geschäftspolitik der Landesbank im Hinblick auf die Finanzierung von Projekten mit Bezug zu äußerer Sicherheit für erforderlich; bislang bedient die Landesbank z.B. keine Finanzierungen militärischer Investitionen, auch nicht in Gebäude und Infrastruktur.

- Das NATO-Bündnis ist die Basis, um gemeinsam mit den Partnern – vor allem den USA – eine wirksame Verteidigung und glaubwürdige Abschreckung gegen jede Form von Aggression zu gewährleisten. Spätestens seit dem Angriff Putins auf die Ukraine sollte klar sein, dass wirksame Außenpolitik auch Abschreckung braucht. Wir in Deutschland müssen uns bewusst sein, dass es auch der Schutzschirm mit US-amerikanischen Atomwaffen ist, der uns schützt. Den Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO begrüßen wir ausdrücklich als Beitrag zur Stärkung des Militärbündnisses. Die Bundesregierung ist aufgerufen, die Einhaltung der NATO-Fähigkeitsziele nachdrücklich und konsequent umzusetzen. Zugleich halten wir es für unabdingbar, die europäische Säule der NATO zu stärken und zu erweitern.
- Wir müssen die Ukraine weiterhin entschlossen und konsequent stärken und beherzt unterstützen in ihrem Freiheitskampf gegen Krieg und Gewalt. Mit seinem brutalen Angriffskrieg, der sich immer mehr gegen Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur richtet, hat sich das Regime Putins als Teil der zivilisierten Welt verabschiedet. Deshalb ist die Verteidigung der Ukraine nicht nur ein Kampf gegen militärische Aggression, sondern auch gegen Kriegsverbrechen und Diktatur. Um diesen Kampf wirkungsvoll zu führen, bedarf es weiterer Lieferungen schwerer Waffen an die Ukraine. Alle demokratischen Kräfte in unserem Land – an der Spitze die Ampel-Bundesregierung – sind gefordert, der Ukraine die notwendige Unterstützung zu gewähren, um die Aggression Russlands zu stoppen. Dem wird die Bundesregierung mit ihren zögerlichen und unzureichenden Maßnahmen bislang leider nicht in vollem Umfang gerecht. Vielmehr setzt sie das internationale Ansehen Deutschlands aufs Spiel.
- Aus den Erfahrungen mit Russland zu lernen heißt, die wirtschaftliche Abhängigkeit Europas von China kritisch zu hinterfragen. China hat den Willen und zusehends auch den Machtanspruch, die internationale Ordnung nach eigenen Vorstellungen zu verändern – und tut dies mit allen Mitteln. Aufgrund wesentlicher Unterschiede zu westlichen Werten und Grundsätzen wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit oder Meinungs- und Pressefreiheit hat sich China immer mehr auch zu einem systemischen Rivalen der Europäischen Union entwickelt. Deshalb ist es das Gebot der Stunde – ohne die Grundsätze von freiem Handel und offenen Märkten aufzugeben – die Lieferketten Europas insbesondere in den Bereichen Technologie, Pharmazie und seltene Rohstoffe stärker zu diversifizieren und damit eine strategische Abhängigkeit von China zu minimieren.
- Um die Resilienz der deutschen Wirtschaft darüber hinaus zu stärken, ist es erforderlich, dass Schlüsseltechnologien und -produkte wieder stärker in Europa

produziert werden. Beim Aufbau und der Erweiterung von Produktionsstätten in Deutschland muss ein besonderer Fokus auf eine konsequente Digitalisierung und Automatisierung gerichtet werden – sowohl zur Förderung des Innovationstransfers, als auch deshalb, damit der Fachkräftemangel die Teuerungsrate nicht zusätzlich antreibt.

- Als Exportland profitiert Deutschland wie kaum ein anderer Staat vom freien Handel. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen sprechen wir uns daher für die Vereinbarung neuer internationaler Freihandelsabkommen aus, bevorzugt mit Staaten, die uns nahestehen. Wir brauchen einen fairen und verlässlichen internationalen Wettbewerbsrahmen anstatt Protektionismus und Abschottung. Wir begrüßen, dass die Ampel-Regierung nach langer Blockade inzwischen das europäisch-kanadische Wirtschafts- und Handelsabkommens CETA ratifiziert hat. Außerdem unterstützen wir den Abschluss moderner europäischer Freihandelsabkommen, die gleichwertige ökologische und soziale Standards fördern.
- Im Sinne einer umfassenden Verteidigungsfähigkeit muss unser Staat auch gegen neue Phänomene gerüstet sein wie Gefährdungspotenziale im digitalen Raum, etwa durch KI-basierte Manipulationsmöglichkeiten von Bildern oder Videos. Solche disruptiven Technologien werden absehbar breit verfügbar sein und bieten neben Innovationschancen auch Risiken, wenn sie missbräuchlich eingesetzt werden. Dagegen müssen wir uns rechtzeitig wappnen. Das Saarland zählt auch aufgrund der wirkungsvollen Fokussierung der CDU-geführten Landesregierungen in den letzten Jahren zur Weltspitze im Bereich der Cybersicherheit, etwa mit dem CISPA-Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit. Aber auch hinsichtlich der juristischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen, die sich aus den damit verbundenen Entwicklungen ergeben, verfügt der Forschungsstandort Saarland über große Expertise. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, diese Potenziale zu nutzen, um den saarländischen Forschungsstandort zu einem ganzheitlichen Leuchtturm für die Gefahrenabwehr im digitalen Raum weiterzuentwickeln.
- Die Missachtung der Menschenrechte im Iran kann und darf uns nicht kaltlassen. Das Mullah-Regime dort geht immer brutaler gegen Opposition und friedliche Demonstranten vor; Hinrichtungen gehören inzwischen zum Alltag. Deutschland und die EU sind deshalb gefordert, die Protestbewegung im Iran stärker zu unterstützen. Wir fordern ein Ende der schweren, systematischen Menschenrechtsverletzungen des iranischen Regimes, für deren Dokumentation und Aufklärung sich Deutschland auf internationaler Ebene einsetzen muss. Es braucht mehr und schnellere EU-Sanktionen gegen Vertreter der iranischen Regierung. Diese müssen auch für in Deutschland ansässige Firmen gelten, die daran beteiligt sind, dass das Internet im Iran eingeschränkt wird. Außerdem muss die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass die iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation eingestuft werden. Schließlich gehört das Atomabkommen auf den Prüfstand, an das sich der Iran ohnehin nicht mehr hält. Die aktive Beteiligung des Irans am verbrecherischen Krieg in der Ukraine durch den Verkauf von Drohnen an Russland kann nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wir müssen zudem die iranische

Zivilgesellschaft stärken, auch indem wir ihr Zugang zu alternativen Kommunikationsmedien ermöglichen. Wir können und wollen nicht tatenlos dabei zusehen, wenn Mädchen, junge Frauen und Männer, die für die Zukunft ihrer Generation und ihres Landes kämpfen, der Willkür eines brutalen Regimes zum Opfer fallen. Gerade die Frauen im Iran werden unterdrückt und haben deutlich weniger Rechte als Männer. Die Bundesaußenministerin steht hier in einer besonderen Verantwortung, auch um ihre selbst gesetzte Agenda einer „feministischen Außenpolitik“ glaubwürdig zu vertreten und umzusetzen.

Wehrhaften Rechtsstaat und demokratische Kultur in Deutschland stärken

Demokratien stehen weltweit unter Druck und verlieren an Boden – die Zahl der autoritären Regierungen steigt. Erstmals seit 2004 verzeichnete der Bertelsmann Transformationsindex (BTI) für 2022 mehr autokratische als demokratische Staaten. Von 137 untersuchten Ländern sind nur noch 67 Demokratien, die Zahl der Autokratien steigt auf 70. Selbst in Europa sind mit Ungarn, Polen, Slowenien, Kroatien, Tschechien und Griechenland in sechs der 27 EU-Staaten laut Transformationsindex Autokratisierungstendenzen zu beobachten.

Deutschland zählt zu den – lediglich – 21 Staaten weltweit, die in dem jährlich von der britischen Zeitschrift The Economist herausgegebenen Demokratieindex als „vollständige Demokratien“ ausgewiesen werden. Dennoch gehen nicht nur die Zufriedenheitswerte der Bürgerinnen und Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie in unserem Staat tendenziell zurück. Teile der Bevölkerung sind empfänglich für Verschwörungstheorien.

Eine aktuell einschneidende Zäsur waren die Planungen für einen Staatsstreich durch eine Gruppe sogenannter Reichsbürger Ende des vergangenen Jahres, darunter eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD. Besorgniserregend ist zudem, dass sich darunter auch Personen mit Bezügen zu Sicherheitsbehörden und Justiz zusammengefunden haben, die zum Umsturz mit Waffengewalt bereit waren. Mit einer groß angelegten Razzia und 25 Festnahmen hat der Rechtsstaat gegen diese Gruppe entschlossen durchgegriffen. Der demokratische Rechtsstaat hat unter Beweis gestellt, dass er entschlossen und wehrhaft gegen derartige Bedrohungen von rechtsextremer Seite vorgeht. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns dafür aus, die Rolle der AfD in dem Reichsbürger-Netzwerk stärker zu überprüfen, da sie sich offenbar zu einem Sammelbecken für sich immer stärker radikalisierende Gruppierungen entwickelt.

Eine Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland stellt auch die organisierte Clan-Kriminalität dar, insbesondere in vielen Großstädten. Auch wenn sie kein flächendeckendes Problem darstellt, so geht von ihr eine Signalwirkung in ganz Deutschland aus. Deshalb gehört es zu einem funktionierenden Rechtsstaat, gegen Clan-Kriminalität mit aller Härte durchzugreifen. Für uns ist klar: Wo Grenzen überschritten und Gesetze gebrochen werden, wo die staatliche Autorität infrage gestellt wird, muss null Toleranz gelten. Das zentrale Ziel im Rechtsstaat muss sein: die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts, und zwar in allen Bereichen und gegenüber jedermann.

Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Wer Freiheit, Demokratie und Menschenwürde bekämpft, dem muss der demokratische Rechtsstaat mit aller Härte und Entschiedenheit entgegenreten. Dabei muss er Rechts- und Linksextremismus genauso wie religiös-motivierten Terrorismus und Antisemitismus entschieden bekämpfen.

Auch aktuelle Ereignisse und Phänomene wie die Ausschreitungen und offen zur Schau getragene Gewaltbereitschaft in der Silvesternacht und die radikalen, aggressiven Proteste der Klimabewegung kann und darf ein funktionierender Rechtsstaat nicht folgenlos geschehen lassen. Ausschreitungen wie zu Silvester in Berlin oder Hamburg und die dort erfolgten Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sind unsäglich und zeugen von fehlendem Respekt vor dem demokratischen Rechtsstaat. Dagegen hilft kein Böllerverbot, sondern nur die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates und die ganze Härte des Gesetzes. Durch solche Ereignisse stellen sich unweigerlich auch kritische Fragen hinsichtlich der Integrationsbereitschaft sowie des Gelingens der Integrationsbemühungen in unserem Land.

Die radikalen Klimaaktivisten haben in den vergangenen Wochen in einzelnen Bundesländern Straßen blockiert, Kunstwerke beschädigt, den Hauptstadtflughafen zeitweise lahmgelegt, Kraftwerke blockiert sowie mehrmals Fake-Notrufe abgesetzt und dadurch die begrenzten Kapazitäten bei Feuerwehr und Polizei blockiert. Diese Taten gefährden die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Es sind keine friedlichen Proteste. Bund und Länder müssen schnellstmöglich ein bundesweites Lagebild erstellen und die Steuerung, Finanzierung und Vernetzung der Gruppierung ermitteln.

Für die CDU-Landtagsfraktion gehört es zu den zentralen Herausforderungen, unsere Demokratie gegen Angriffe und Bedrohungen von innen zu schützen. Für uns hat deshalb ein handlungs- und durchsetzungsfähiger Rechtsstaat oberste Priorität. Dazu gehört insbesondere eine angemessene Ausstattung von Polizei und Justiz. Dafür haben in unserer Regierungsverantwortung gesorgt, indem wir in den vergangenen Jahren unsere Sicherheitsbehörden von Polizei, aber auch Justiz (z.B. Staatsanwälte) nachweislich personell gestärkt haben. Und dafür haben wir uns zuletzt bei den Haushaltsberatungen eingesetzt und sowohl eine Erhöhung der Neueinstellungen von Polizeianwärtern von 115 auf 150 als auch eine Erhöhung der Planstellen für Richter und Staatsanwälte gefordert. Diese Maßnahmen zur Stärkung unserer Sicherheitsbehörden sind jedoch an der SPD-Mehrheit gescheitert, die damit deutlich hinter ihren eigenen Wahlversprechen zurückbleibt. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, den im Jahr 2019 geschlossenen Pakt für den Rechtsstaat fortzuschreiben: Dabei muss der Bund nicht nur die Personalisierung bei Richtern und Staatsanwälten, sondern auch bei den für das Funktionieren des Rechtsstaats unersetzlichen weiteren Berufsgruppen finanziell unterstützen.

Zugleich sehen wir es als Aufgabe, demokratische Strukturen und Prozesse weiterzuentwickeln: Es gilt, Bürgerinnen und Bürger noch stärker in den demokratischen Diskurs zu integrieren, in politische Prozesse einzubinden und auf diesem Wege die demokratische Kultur in unserer Gesellschaft zu festigen:

- Für uns ist klar: Nicht alles, was nach mehr Demokratie aussieht, führt zwangsläufig auch zu mehr Demokratie. Direktdemokratische Elemente dürfen daher nicht zu einer Aushöhlung unserer repräsentativen Demokratie führen. Stattdessen stehen wir für partizipative Elemente auf kommunaler und landespolitischer Ebene, die keine Konkurrenz, sondern eine Bereicherung unseres repräsentativen Systems darstellen.
- Die Kommunen sind die Keimzelle all dessen, was unser demokratisches Gemeinwesen ausmacht. Nirgends sonst ist die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern so vielfältig, und nirgends sonst ist die Nähe zwischen Politik und den Menschen so intensiv wie in den Kommunen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in den saarländischen Kommunen zu sichern, ist daher eine vordringliche Aufgabe einer funktionierenden Demokratie.
- Die CDU hat bereits in den vergangenen Jahren innovative Partizipationsformate wie repräsentative Bürgerforen im Saarland auf die Tagesordnung gesetzt und vorangetrieben, um die Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung zu landespolitisch relevanten Fragen stärker zu beteiligen. Mit Blick auf die positiven Erfahrungen von Bürgerforen auf nationaler (Irland), regionaler (Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Baden-Württemberg) und kommunaler Ebene sehen wir auch bei uns Möglichkeiten zur Anwendung. Daher begrüßen wir die jüngste Ankündigung der Landtagspräsidentin im Grundsatz ausdrücklich, zur Jahresmitte ein Konzept für Bürgerräte vorzulegen. Sie greift damit Forderungen der CDU-Landtagsfraktion auf. Wir werden den weiteren Prozess konstruktiv begleiten und den Blick darauf richten, dass auf diese Weise ein Mehr an Bürgerbeteiligung geschaffen wird, ohne den Wesensgehalt unserer repräsentativen Demokratie zu schwächen.
- Weiterhin treten wir dafür ein, ein Jugendparlament im Saarland zu schaffen, um junge Menschen und deren Positionen im politischen Diskurs noch stärker zu berücksichtigen. Dabei regen wir an, ein solches Jugendparlament gemäß eines Vorschlags der Landesschülerversammlung derart auszugestalten, dass es sich aus den an den jeweiligen Schulformen demokratisch gewählten Schülersprecherinnen und -sprechern zusammensetzt. Ebenso muss die Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene gestärkt und in einen Rechtsrahmen gefasst werden, der mehr Verbindlichkeit garantiert.
- Weiteres Potenzial für innovative Partizipationsformate sehen wir bei der Vermittlung europäischer bzw. europapolitischer Themen: So sprechen wir uns für die Einrichtung eines Bürgerforums der Großregion aus, aus dessen Mitte Initiativen und Petitionen gestartet werden können. Wir betrachten eine solche regelmäßige Partizipationsmöglichkeit als Ergänzung und zugleich als Instrument, um den Vorwurf entgegenzuwirken, Europa entferne sich vom Alltag der Menschen.
- Wir fordern eine Grundgesetzänderung für die bundesweite Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres – eines Dienstes, der es allen jungen Menschen ermöglicht, sich zeitweilig und konkret für unser Land und für unsere Gesellschaft

zu engagieren. Wir erleben, dass die verschiedenen Milieus in unserer zunehmend pluralistischen und fragmentierten Gesellschaft immer weniger miteinander in Berührung kommen. Viele Menschen bewegen sich nur noch in digitalen und sozialen Filterblasen. Für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist eine solche Entwicklung Gift. Mit schwindendem Verständnis für andere schwindet auch der gesellschaftliche Zusammenhalt. Diesen Fehlentwicklungen kann ein Gesellschaftsjahr entgegenwirken. Dieses führt junge Menschen über Milieugrenzen hinweg zusammen und vermittelt den Wert von Gemeinschaft – etwa für junge Menschen, die sich wegen ihres sozialen Umfeldes oder auch aufgrund ihrer Migrationsgeschichte ausgeschlossen fühlen und mit unserer Gesellschaft hadern. Genau diese jungen Menschen müssen wir aber auch im Blick behalten, wenn wir es mit der Chancengerechtigkeit ernst meinen und gegen die Fragmentierungsprozesse in unserer Gesellschaft vorgehen wollen.

- Als konkreten Beitrag des Saarlandes zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts und Zeichen der Verbundenheit mit der Ukraine erneuern wir unseren Vorschlag einer gemeinsamen Friedenspartnerschaft mit unserer polnischen Partnerregion, der Woiwodschaft Podkarpacki, und der ukrainischen Oblast Lwiw. Die deutsch-polnische Gesellschaft und auch der Saarpfalz-Kreis und weitere Kommunen leisten bereits seit Jahren wertvolle Partnerschaftsarbeit mit polnischen und ukrainischen Kommunen. Vor dem Krieg haben sich etwa im Spohns Haus in Gersheim regelmäßig Menschen aus der Oblast Lwiw, der Woiwodschaft Podkarpacki und dem Saarland getroffen. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Regionen das Angebot einer gemeinsamen Regionalpartnerschaft zu unterbreiten. Damit kann das Saarland ein starkes Signal der Verbundenheit mit den Menschen in der Ukraine und für die Hoffnung auf Frieden in Europa senden.